



Kolumbianisches Kriegsgebiet: In der Region Nariño kämpfen Soldaten der Regierung und Rebellen der Farc, das Gebiet ist außerdem ein großes Anbaugelände für Koka. Die Ureinwohner werden immer wieder in Gefechte hineingezogen, unbekannte Killer haben jetzt zwölf Menschen erschossen. Foto: AFP

Ermordet in der Bretterbude

Kolumbiens Ureinwohner leiden unter dem Terror von linken Farc-Rebellen und der Regierungsarmee

Von Peter Burghardt

Buenos Aires – Der Tod kam vor dem Morgenrauen, es war fünf Uhr im Südwesten Kolumbiens. Eine Gruppe bewaffneter Uniformierter stürmte die Holzhütte an der Straße zwischen Pasto und Tumaco in der Region Nariño, die Gesichter der Eindringlinge verbargen Tücher. Man sah nur die Augen. So schilderten das später drei Überlebende, zwei von ihnen sind schwer verletzt. Die anderen können nichts mehr erzählen. Die Männer erschossen an diesem frühen Mittwoch in einem militarisierten Indianer-Reservat zwölf Menschen, sieben Erwachsene und fünf Kinder, darunter ein acht Monate altes Baby. Alle Toten gehörten zu einer Familie, die in dieser Bretterbude wohnte. Und sie alle gehörten zum Stamm der Awá, die im Bürgerkrieg des südamerikanischen Landes eine besondere Tragödie erleben.

Es ist bereits das zweite größere Massaker dieser Art binnen weniger Monate. Im Februar wurden in einem ebenfalls als Schutzgebiet ausgewiesenen Areal mindestens elf Awá ermordet, auch zwei schwangere Frauen. Als Täter galten damals die revolutionären Streitkräfte Kolumbiens, kurz Farc. Die maoistische Guerilla hat sich als größte und älteste Rebellenarmee der westlichen Welt vielfach in eine Bande von Kriminellen und Drogenhändlern verwandelt. Diesmal jedoch bezweifeln örtliche Ermittler und

Angehörige der Ermordeten, dass erneut die Farc dahinter stecken. Vermutet wird, dass die Killer aus dem Dunstkreis der Staatsgewalt stammen könnten. Möglicherweise sollten da Zeugen zum Schweigen gebracht werden.

Unter den jetzt Ermordeten Awá ist auch Tulia García. Sie hatte erst im Mai gesehen, wie ebenfalls Vermummte ihren Mann erschossen und die Leiche verschleppten. Laut Informationen des Magazins *Semana* handelte sich bei ihm um einen sogenannten „Falso Positivo“, einen falschen Treffer. So werden wehrlose und schuldlose Opfer der kolumbianischen Armee bezeichnet. Soldaten und Offiziere geben sie als „im Kampf gefallene“ Guerilleros aus und kassieren dafür Kopfgeld und andere Prämien. Mehr als Tausend Fälle werden landesweit untersucht. Für die Witwe García und weitere Verwandte könnte der Anblick des toten Mannes das Todesurteil gewesen sein. „Wir wissen nur, dass es Auftragsmörder waren“, sagt Luis Evelis Andrade von der nationalen Indianer-Vereinigung Onic. Der Awá-Vorsitzende Gabriel Bisbicus spricht von düsteren Mächten mit Nähe zu staatlichen Stellen. Und sicher ist auch, dass vor allem die kaum noch 30 000 Awá unter Kolumbiens Schlacht um Macht, Land und Geld leiden.

Immer mehr geraten die Nachkommen der Eingeborenen zwischen die Fronten von regulärer Armee, linker Guerilla, rechten Paramilitärs und Rauschgift-

gangs. Zwar versprechen ihnen Gesetze Reservate und Respekt vor ihrer Kultur, doch das hilft im Ernstfall wenig. Kolumbien ist nach wie vor der weltgrößte Exporteur von Kokain, in Nariño gedeiht die Kokapflanze auf 20 000 Hektar. Wegen der strategisch günstigen Pazifikküste ist die Gegend besonders umkämpft.

Der rechtskonservative Präsident Álvaro Uribe schwärmt vom Erfolg seiner Politik der „Demokratischen Sicherheit“. Städte wurden sicherer, ausländische Firmen wagen Investitionen. Der zuhause populäre Hardliner Uribe erwägt, sich um eine Verfassungsänderung und eine dritte Amtszeit zu bemühen. Die US-Armee soll kolumbianische Stützpunkte nutzen dürfen. An der Peripherie wie in

Nariño indes setzt sich das Gefecht fort. Offiziell demobilisierte Todesschwadronen morden unter neuen Namen weiter, die Korruption wuchert wie gehabt. Soldaten, Polizisten und Regierungspolitikern wird immer wieder Nähe zu den paramilitärischen Einheiten nachgewiesen. Der Drogenhandel sei „das gemeinsame Gen“ aller Gangs, erläutert eine Studie von Menschenrechtlern. Mehr als 50 000 Einwohner von Nariño wurden in zwei Jahren vertrieben, landesweit sind mehr als zwei Millionen Kolumbianer auf der Flucht. Jährlich 750 Morde werden in der Region gezählt, die Indigenen trifft es besonders oft. Awá-Sprecher Gabriel Bisbicus klagte in der Zeitung *El Tiempo*, die Täter versuchten, seine Gemeinschaft auszurotten.

Die UN fordern „eine sofortige staatliche Antwort“. Präsident Uribe und Nariños Gouverneur, der frühere Guerillero Antonio Navarro Wolff, versichern Aufklärung und Belohnung zur Ergreifung der Mörder. Die Awá trauen den Behörden schon längst nicht mehr. Sie machen selbst mobil. „Wir werden sehen, welche Maßnahmen wir ergreifen“, so Awá-Aktivist Edgardo Pai, „die Regierung hält ihre Versprechen nicht“. Nach dem Gemetzel im Februar marschierten Vertreter der Awá tagelang durch den Urwald zum Tatort. Trotz Tretminen, Schlangen, schlechtem Wasser. Bewaffnet, wie Semana schrieb, „nur mit ihren Gehstöcken und ihrer Würde“.





Kolumbianisches Kriegsgebiet: In der Region Nariño kämpfen Soldaten der Regierung und Rebellen der Farc, das Gebiet ist außerdem Koka. Die Ureinwohner werden immer wieder in Gefechte hineingezogen, unbekannte Killer haben jetzt zwölf Menschen erschossen.

Ermordet in der Bretterbude

Kolumbiens Ureinwohner leiden unter dem Terror von linken Farc-Rebellen und der Regie

Von Peter Burghardt

Buenos Aires – Der Tod kam vor dem Morgengrauen, es war fünf Uhr im Südwesten Kolumbiens. Eine Gruppe bewaffneter Uniformierter stürmte die Holzhütte an der Straße zwischen Pasto und Tumaco in der Region Nariño, die Gesichter der Eindringlinge verbargen Tücher. Man sah nur die Augen. So schilderten das später drei Überlebende, zwei von ihnen sind schwer verletzt. Die anderen können nichts mehr erzählen. Die Männer erschossen an diesem frühen Mittwoch in einem militarisierten Indianer-Reservat zwölf Menschen, sieben Erwachsene und fünf Kinder, darunter ein acht Monate altes Baby. Alle Toten gehörten zu einer Familie, die in dieser Bretterbude wohnte. Und sie alle gehörten zum Stamm der Awá, die im Bürgerkrieg des südamerikanischen Landes eine besondere Tragödie erleben.

Es ist bereits das zweite größere Massaker dieser Art binnen weniger Monate. Im Februar wurden in einem ebenfalls als Schutzgebiet ausgewiesenen Areal mindestens elf Awá ermordet, auch zwei schwangere Frauen. Als Täter galten damals die revolutionären Streitkräfte Kolumbiens, kurz Farc. Die maoistische Guerilla hat sich als größte und älteste Rebellenarmee der westlichen Welt vielfach in eine Bande von Kriminellen und Drogenhändlern verwandelt. Diesmal jedoch bezweifeln örtliche Ermittler und

Angehörige der Ermordeten, dass erneut die Farc dahinter stecken. Vermutet wird, dass die Killer aus dem Dunstkreis der Staatsgewalt stammen könnten. Möglicherweise sollten da Zeugen zum Schweigen gebracht werden.

Unter den jetzt Ermordeten Awá ist auch Tulia García. Sie hatte erst im Mai gesehen, wie ebenfalls Vermummte ihren Mann erschossen und die Leiche verschleppten. Laut Informationen des Magazins *Semana* handelte sich bei ihm um einen sogenannten „Falso Positivo“, einen falschen Treffer. So werden wehrlose und schuldlose Opfer der kolumbianischen Armee bezeichnet. Soldaten und Offiziere geben sie als „im Kampf gefallene“ Guerilleros aus und kassieren dafür Kopfgeld und andere Prämien. Mehr als Tausend Fälle werden landesweit untersucht. Für die Witwe García und weitere Verwandte könnte der Anblick des toten Mannes das Todesurteil gewesen sein. „Wir wissen nur, dass es Auftragsmörder waren“, sagt Luis Evelis Andrade von der nationalen Indianer-Vereinigung Onic. Der Awá-Vorsitzende Gabriel Bisbicus spricht von düsteren Mächten mit Nähe zu staatlichen Stellen. Und sicher ist auch, dass vor allem die kaum noch 30 000 Awá unter Kolumbiens Schlacht um Macht, Land und Geld leiden.

Immer mehr geraten die Nachkommen der Eingeborenen zwischen die Fronten von regulärer Armee, linker Guerilla, rechten Paramilitärs und Rauschgift-

gangs. Zwar versprechen ihnen Gesetze Reservate und Respekt vor ihrer Kultur, doch das hilft im Ernstfall wenig. Kolumbien ist nach wie vor der weltgrößte Exporteur von Kokain, in Nariño gedeiht die Kokapflanze auf 20 000 Hektar. Wegen der strategisch günstigen Pazifikküste ist die Gegend besonders umkämpft.

Der rechtskonservative Präsident Álvaro Uribe schwärmt vom Erfolg seiner Politik der „Demokratischen Sicherheit“. Städte wurden sicherer, ausländische Firmen wagen Investitionen. Der zuhause populäre Hardliner Uribe erwägt, sich um eine Verfassungsänderung und eine dritte Amtszeit zu bemühen. Die US-Armee soll kolumbianische Stützpunkte nutzen dürfen. An der Peripherie wie in

Nariño ind. Offiziell den neuen morden die Korruption, die Polizei wird in der militärischen. Der D. same Gen. Studie von 50 000 Einwohnern in zwei Jahren mehr als 2 auf der Flut. trifft es bes. Tiempos, die

Die UN für die Antwort. Gouverneur Antonio N. klärung und der Mörder den schon 1 selbst mobil. Maßnahme: Vist Edgarc. re Verspre. zel im Feb. der Awá tag. Tatort. Tr schlechtem mana schr. cken und i





Gebiet ist außerdem ein großes Anbaugelände für Koka. Foto: AFP

ude

1 und der Regierungsarmee

Gesetze Kultur, Kolum- ßte Ex- gedeiht ar. We- fikküs- impft. t Álvaro- ner Po- erheit“. ndische zuhau- igt, sich nd eine US-Ar- zpunkte e wie in

Nariño indes setzt sich das Gefecht fort. Offiziell demobilisierte Todesschwadronen morden unter neuen Namen weiter, die Korruption wuchert wie gehabt. Soldaten, Polizisten und Regierungspolitiker werden immer wieder in die Nähe zu den paramilitärischen Einheiten nachgewiesen. Der Drogenhandel sei „das gemeinsame Gen“ aller Gangs, erläutert eine Studie von Menschenrechtlern. Mehr als 50 000 Einwohner von Nariño wurden in zwei Jahren vertrieben, landesweit sind mehr als zwei Millionen Kolumbianer auf der Flucht. Jährlich 750 Morde werden in der Region gezählt, die Indigenen trifft es besonders oft. Awá-Sprecher Gabriel Bisbicus klagte in der Zeitung *El Tiempo*, die Täter versuchten, seine Gemeinschaft auszurotten.

Die UN fordern „eine sofortige staatliche Antwort“. Präsident Uribe und Nariños Gouverneur, der frühere Guerillero Antonio Navarro Wolff, versichern Aufklärung und Belohnung zur Ergreifung der Mörder. Die Awá trauen den Behörden schon längst nicht mehr. Sie machen selbst mobil. „Wir werden sehen, welche Maßnahmen wir ergreifen“, so Awá-Aktivist Edgardo Pai, „die Regierung hält ihre Versprechen nicht“. Nach dem Gemetzel im Februar marschierten Vertreter der Awá tagelang durch den Urwald zum Tatort. Trotz Tretminen, Schlangen, schlechtem Wasser. Bewaffnet, wie Semana schrieb, „nur mit ihren Gehstöcken und ihrer Würde“.

Bogotá

